

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Antisemitische Vorfälle auch an Hochschulen im Land Bremen?**

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sind an diversen europäischen auch deutschen Hochschulen immer wieder antisemitische Vorfälle zu verzeichnen, zuletzt ein brutaler Überfall auf einen Studierenden in Berlin. Das zunehmende antisemitische Klima an Hochschulen darf nicht geduldet werden. An jeder Hochschule muss gewährleistet sein, dass jüdische Studierende ihr Studium sicher und angstfrei durchführen können. Die Hochschulen müssen sich daher aktiv mit Israelfeindlichkeit, Judenhass und Antisemitismus befassen. Den Hochschulen kommt die Aufgabe zu, sich unmissverständlich zu positionieren, aufzuklären und die Sicherheit für jüdische und israelische Studierende, Hochschulbeschäftigte sowie Gastwissenschaftler:innen zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Bereitstellung adäquater Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von antisemitischen Vorfällen dringend notwendig.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 an Hochschulen im Land Bremen?
2. In welcher Form hat es gemeldete antisemitische Vorfälle gegeben? (Mit Nennung der Hochschule und Unterscheidung nach verbalen, sächlichen oder Personenübergriffen.)
3. Wie viele Übergriffe haben strafrechtliche Relevanz? Welche Art der Übergriffe haben strafrechtliche Relevanz?
4. Wer hat die Vorfälle/Übergriffe wo gemeldet? (Bitte nach Betroffenen, Zeug:innen und Institutionen unterscheiden.)
5. Empfiehlt der Senat den Hochschulen, antisemitische Vorfälle der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Bundesverband RIAS e. V.) zu melden, und was rät der Senat den Hochschulen darüber hinaus?

6. Wie erhält der Senat einen Überblick über antisemitische Vorfälle, die keinen Straftatbestand erfüllen?
7. Wie wird mit diesen nicht strafrechtsrelevanten Vorfällen an den Hochschulen verfahren? Welche Konsequenzen hat antisemitisches Verhalten an Hochschulen?
8. Wurden an den Hochschulen im Land Bremen für Studierende Diskussionsangebote zur Situation in Israel/Gaza nach dem 7. Oktober 2023 angeboten? Wenn ja, welche? (Bitte nach Hochschulen getrennt nennen.)
9. Welche Hochschulen haben oder planen Angebote, um Mitarbeitende und Studierende für Israelfeindlichkeit, Judenhass und Antisemitismus zu sensibilisieren und im Umgang damit zu unterstützen? (Bitte getrennt nach Hochschulen aufzuführen.)
10. Welche konkreten Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von antisemitischen Vorfällen bieten die Hochschulen an? (Bitte getrennt nach Hochschulen aufzuführen.)

Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen